

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit**Zukunft der Exzellenzinitiative – jetzt die Weichen stellen!****I. Bericht**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP vom 16. Februar 2016, Zukunft der Exzellenzinitiative – jetzt die Weichen stellen! (Drs. 19/275; Neufassung der Drs. 19/268), in ihrer Sitzung am 21. April 2016 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit überwiesen.

1. Inhalt des Antrags

In Ziffer 1 des Antrags wird die Bürgerschaft (Landtag) aufgefordert, sich vor dem Hintergrund der positiven Evaluation der Internationalen Expertenkommission Exzellenzinitiative (IEKE) der grundsätzlichen Empfehlung zur Fortsetzung und Verstetigung der Exzellenzinitiative anzuschließen.

Ferner wird der Senat in Ziffer 2 des Antrags aufgefordert, dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit schnellstmöglich eine Bewertung des sogenannten Imboden-Gutachtens vorzulegen.

Laut Ziffer 3 des Antrags soll sich der Senat weiterhin auf Länder- und Bundesebene dafür einsetzen, dass etwaige neue „Exzellenzprämien“ auf einem Leistungskriterienkatalog zu beruhen haben, welcher die unterschiedlichen Rahmenbedingungen an den einzelnen Universitäten angemessen berücksichtigt.

2. Beratung im Ausschuss

Der Ausschuss hat den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP in seiner Sitzung am 18. Mai 2016 beraten und der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz sowie der Universität Bremen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz hat dem Ausschuss einen Bericht vorgelegt und diesen in der Sitzung erläutert.

Zu Ziffer 1 des Antrags teilt der Ausschuss mehrheitlich die Einschätzung, dass die Exzellenzinitiative bisher ein großer Erfolg gewesen ist und daher fortgesetzt und verstetigt werden soll.

Die Fraktion DIE LINKE betont hingegen, dass sie der Exzellenzinitiative grundsätzlich kritisch gegenüberstehe und sich dafür ausspreche, die Universitäten insgesamt mehr in der Breite zu fördern, als die finanziellen Mittel nur einzelnen Spitzenuniversitäten zukommen zu lassen. Ferner teile die Fraktion DIE LINKE nicht die Auffassung, dass in der neuen Runde der Exzellenzinitiative kleine und mittlere Universitäten noch eine faire Chance hätten, in den Kreis der exzellenten Universitäten aufzusteigen und somit ebenfalls in den Genuss einer zusätzlichen finanziellen Förderung zu kommen. Der Forderung in Ziffer 1 könne sie sich daher nicht anschließen.

Der Ausschuss ist übereinstimmend der Auffassung, dass sich die Ziffer 2 des Antrags erledigt hat, da die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) in der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern die Empfehlungen der Expertenkommission umfassend berücksichtigt hat.

Der in Ziffer 3 formulierten Forderung stimmt der Ausschuss mehrheitlich zu. Der Ausschuss hält es für wichtig, dass die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Wissenschaftsrat im gesamten Verfahren dafür Sorge tragen, dass die Besonderheiten der Fächer und exzellente Anträge auch kleiner Universitäten angemessen berücksichtigt werden. Der Ausschuss begrüßt daher die vorgesehene breite Aufstellung der beiden Förderlinien, die Möglichkeit der Verbundbildung und die Größenunabhängigkeit der Auswahlkriterien, die auch kleinen und mittleren Universitäten eine faire Chance auf eine Förderung als Exzellenzuniversität geben sollen.

Die Fraktion DIE LINKE teilt diese Einschätzung nicht und sieht auch in den neu ausgehandelten Förderbedingungen keine Chancengleichheit für kleine und mittlere Universitäten.

Der Ausschuss hat diesen Bericht mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der FDP und gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE beschlossen.

3. Beschlussempfehlung

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der FDP, gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE, dem Antrag der Fraktion der CDU in der Ziffern 1 und 3 zuzustimmen. Die Ziffer 2 hat sich nach Auffassung aller Fraktionen erledigt.

II. Antrag

Der Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zur Kenntnis.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Ziffern 1 und 3 des Antrags zu.

Susanne Grobien
(Vorsitzende)